

SPAK Tirol zeigt der Politik die Rote Karte

Innsbruck, 20. November 2025 – Vertreter:innen des Sozialpolitischen Arbeitskreises Tirol (SPAK) haben heute, am Tag der Aktuellen Stunde im Tiroler Landtag, vor dem Landhaus in Innsbruck symbolisch die Rote Karte gezeigt. Der Protest richtet sich gegen die anhaltende finanzielle Schieflage im Sozialbereich und die geplante Verschlechterung der Mindestsicherung samt Ausschluss schutzbedürftiger Menschen.

Schockpolitik im Sozialbereich

Die mittlerweile beinahe zur Gewohnheit gewordene „Schockbehandlung“ für Organisationen der sozialen Infrastruktur setzt auch 2025 fort: Die angekündigte Kürzung „Minus 15 % im Förderbereich“ löste große Sorge um Klient:innen, Mitarbeiter:innen und die soziale Stabilität Tirols aus. Wochenlang mussten Ressourcen in Widerstand, Vernetzung und Krisenvorbereitung investiert werden – Ressourcen, die an anderer Stelle fehlen.

Zwar folgte schließlich der politische Rückzieher, doch die Fortschreibung des Budgets für 2025 bei fehlender Indexanpassung und Nicht-Abgeltung von verpflichteten Vorrückungen bedeutet auch heuer eine reale Kürzung. Steigende Personal- und Sachkosten müssen intern ausgeglichen werden, vereinzelt sogar Stellen abgebaut werden. Einrichtungen mit Mehrjahresverträgen waren bisher besser geschützt, während andere seit Jahrzehnten jährlich um Förderungen kämpfen und die nicht erfolgte Indexierung massiv belastet.

„Addiert man die – für manche Einrichtungen – seit Jahren fehlenden Indexanpassungen, ergibt sich ein fettes Minus. Es steht für eine neue Härte, die zu Lasten marginalisierter Gruppen geht und Unterstützungsangebote gefährdet“, fasst Andrea Moser (ZeMIT) zusammen.

Die politische Vorgehensweise degradiert den Sozialbereich weiterhin zur Verhandlungsmasse. Gleichzeitig bleibt die Solidarität im Netz sozialer Trägerorganisationen stark – große und kleine Träger stehen zusammen. Angriffe auf diese Bündnisse erzeugen vor allem eines: zusätzliche Unsicherheit und Belastung, die letztlich bei den Klient:innen ankommt.

SPAK fordert Planungssicherheit und Anerkennung

Die Forderungen des SPAK bleiben unverändert: Planungssicherheit durch längerfristige vertragliche Absicherung, garantierte Indexanpassung bzw. Valorisierung sowie die Anerkennung der sozialen Infrastruktur als Grundlage sozialen Friedens.

Mehr Kosten – weniger Zukunft: Geplanter Ausschluss aus der Mindestsicherung

In Tirol erhalten rund 800 subsidiär Schutzberechtigte Mindestsicherung – darunter viele Kinder, ältere Menschen und Personen mit Erkrankungen oder Behinderungen. Viele leben in privaten Mietwohnungen, oft im ländlichen Raum.

Ab 1. Jänner 2026 sollen sie aus der Mindestsicherung ausgeschlossen und in die deutlich schlechter ausgestattete Grundversorgung gedrängt werden: rund 285 Euro für den Lebensunterhalt, 165 Euro für Miete – zu wenig für ein selbstbestimmtes Leben und ohne Perspektive für Integration.

Teure Scheinlösung mit schweren Folgen

Ein erzwungener Wechsel bedeutet den Verlust stabiler Wohn- und Unterstützungsstrukturen. Große Quartiere, hohe Verwaltungskosten, psychosoziale Krisen und der Abbruch von Ausbildungs- und Integrationsprozessen wären die Folge. Auch Wohnungslosigkeit droht, da kaum geeignete Plätze vorhanden sind.

Zudem entsteht eine Armutsfalle: Bereits geringe Zuverdienste führen zum Verlust der Grundversorgung – ein Weg in Unabhängigkeit wird blockiert. „Wenn subsidiär Schutzberechtigte von der Mindestsicherung ausgeschlossen werden, bedeutet das nicht nur weniger Geld, sondern weniger Zukunft für die Betroffenen. Wohnorte müssen gewechselt werden, Kinder verlieren erneut ihre Bildungsorte, Integrationsprozesse brechen ab. Statt Teilhabe wird Abschottung verwaltet, psychosoziale Krisen sind erwartbar. Lehrlinge verlieren ihre Ausbildungsplätze, ein Zuverdienen ist nicht mehr möglich. Das schafft Armut und Ausschluss – und kostet Land und Menschen Geld, Gesundheit und Zukunft“, warnt ein Sozialarbeiter.

Weitere Verschlechterungen der Mindestsicherung durchlöchern das letzte soziale Netz

Mit Jahresmitte 2026 sollen weitere Verschärfungen in der Mindestsicherung umgesetzt werden. So sollen sogenannte „Fremde“ zukünftig fünf Jahre auf Mindestsicherungsleistungen warten müssen. Leistungen für Großfamilien werden verringert und Sanktionsmaßnahmen sehen Kürzungen bis zu 100% - auch bei Wohnkosten – vor. Mit der Neuregelung der geringeren Wohnkostenübernahme mit Rechtsanspruch werden Beziehende einmal mehr zu Bittsteller:innen und einer steten Unsicherheit ausgesetzt. Die angekündigte Novelle ist weder gerecht noch hilfreich. Mit Sicherheit trifft sie aber die Einkommensschwächsten der Gesellschaft.

Die Rote Karte: Ein deutliches Stopp-Signal

Mit der Roten Karte macht der SPAK klar:

Kurzfristige Maßnahmen wie der Ausschluss aus bzw. eine Verschärfung der Mindestsicherung gefährden Existenzen, die mangelnde Absicherung des Sozialbereichs bedroht die Stabilität sozialer Infrastruktur, und politische Instrumentalisierung schafft Verunsicherung statt Lösungen. **Der SPAK sagt Stopp – und fordert Verantwortung statt Verunsicherung.**

Bildnachweis: Organisationen der sozialen Infrastruktur zeigen am 20.11.2025 vor dem Tiroler Landhaus die Rote Karte. Gegen Einsparungen, Sozialabbau und Schockbehandlung. Foto: Daniel Jarosch